



## Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2, § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 Abs. 3 und 4 ARegV

wegen Genehmigung des Regulierungskontosaldos und Anpassung der Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 5 ARegV

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,  
in Wahrnehmung der Aufgaben für das Land Schleswig-Holstein,

durch den Beisitzer als Vorsitzenden	Roland Naas,
den Beisitzer	Stephan Grohmann,
und den Beisitzer	Stefan Tappe

gegenüber der Stadtwerke Heide GmbH, Hinrich-Schmidt-Straße 16, 25746 Heide,  
vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

am 26.03.2026 beschlossen:

- 1.) Der Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022 wird abweichend vom Antrag mit dem Wert 368.693 € festgelegt. Dem Antrag auf Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Jahre 2025 bis 2027 wird insoweit stattgegeben, als die Antragstellerin verpflichtet ist, ihre jeweilige kalenderjährliche Erlösobergrenze dieser Jahre um den in Anlage R1\_Differenz dieses Beschlusses für das jeweilige Jahr ermittelten Betrag anzupassen.
- 2.) Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

## **Gründe**

### **I.**

Die Antragstellerin hat mit ihren am 30.12.2023 eingegangenen Unterlagen einen Antrag auf Genehmigung des ermittelten Regulierungskontosaldos zum 31.12.2022 und Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Jahre 2025 bis 2027 gemäß § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 Abs. 3 und 4 ARegV gestellt. Die über das Energiedatenportal der Bundesnetzagentur übermittelten Erhebungsbögen (Erhebungsbogen zum Regulierungskonto sowie Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 1, 3 und 4 ARegV) liegen der Entscheidung zu Grunde.

Die Beschlusskammer hat den Antrag geprüft und der Antragstellerin mit Schreiben vom 20.02.2026 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Antragstellerin hat mit Schreiben vom 19.03.2026 auf eine Stellungnahme verzichtet.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

### **II.**

**Vollständige Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund des Urteils  
des Europäischen Gerichtshofs vom 02.09.2021, C-718/18**

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405) besteht eine unionsrechtskonforme Kompetenzverteilung zwischen Gesetz- bzw. Verordnungsgeber und der Regulierungsbehörde. Der Beschluss beruht daher auf einer rechtmäßigen Anwendung des nationalen Rechts auch vor dem Hintergrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 02.09.2021, C-718/18.

## **1. Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs**

Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die normative Regulierung in Deutschland insgesamt mit der in Art. 37 Richtlinie 2009/72/EG (heute Art. 59 Richtlinie (EU) 2019/944) sowie in Art. 41 Richtlinie 2009/73/EG geregelten ausschließlichen Zuständigkeit der nationalen Regulierungsbehörde unvereinbar ist und die Richtlinien insoweit durch die Bundesrepublik Deutschland nicht bzw. fehlerhaft umgesetzt wurden. Insoweit hat der Europäische Gerichtshof der vierten Rüge stattgegeben, mit der die Kommission Deutschland vorgeworfen hatte, es habe die in den Richtlinien vorgesehenen ausschließlichen Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörde verletzt, indem es im deutschen Recht die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der anwendbaren Tarife, der Bundesregierung und nicht der nationalen Regulierungsbehörde zugewiesen habe.

## **2. Gesetzesreform und Übergangsregelung**

Mit Inkrafttreten der EnWG-Novelle am 29.12.2023 hat der Gesetzgeber das Urteil des EuGH vom 2. September 2021 hinsichtlich dieses vierten Klagegrundes umgesetzt und insbesondere die Zuständigkeiten bei der Ausgestaltung der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung an die unionsrechtlichen Vorgaben angepasst. Damit hat die Regulierungsbehörde mit Zuweisung der ausschließlichen Kompetenz für die Bestimmung der Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen die nach den unionsrechtlichen Bestimmungen erforderliche Unabhängigkeit erlangt.

Die Verordnungsermächtigung des § 24 EnWG a.F. wurde aufgehoben, ebenso wie § 21a EnWG a.F. Beide Regelungen wurden durch Festlegungskompetenzen der Regulierungsbehörde ersetzt. Dabei wurden die bisher in den betroffenen Rechtsverordnungen enthaltenen Festlegungskompetenzen in das EnWG überführt und ergänzt.

Die nach § 21a und § 24 EnWG a.F. erlassenen Rechtsverordnungen treten nach Ablauf einer Übergangszeit außer Kraft, vgl. Art. 15 Abs. 2 bis 6 des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben. Der Zeitpunkt des Außerkrafttretens entspricht dem Ablauf der vierten Regulierungsperiode im Gassektor (31.12.2027) und Stromsektor (31.12.2028).

In der Übergangszeit wurde der Regulierungsbehörde u.a. gemäß § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG n.F. einerseits eine Abweichungskompetenz übertragen. Andererseits ermöglicht die Übergangszeit, ein über fast 20 Jahre schrittweise entstandenes normatives Regulierungsrecht, inklusive der dazugehörigen Anwendungs- und Auslegungspraxis, jedenfalls für die Zeit bis zum Außerkrafttreten der Verordnungsregelungen zum Ablauf der vierten Regulierungsperiode fortzuführen. Laut Gesetzgeber sollen hierdurch die für ausreichende Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit wichtige materielle Stabilität des Regulierungsrahmens gewährleistet und bruchartige Entwicklungen in der Rechtsanwendung vermieden werden (vgl. BT-Drs. 20/7310, S. 52).

Mittlerweile hat die Große Beschlusskammer Energie der Bundesnetzagentur im Rahmen des NEST-Prozesses Festlegungen zum Regulierungsrahmen ab der fünften Regulierungsperiode auf der Grundlage der aktuellen EnWG-Vorgaben erlassen bzw. konsultiert. Neben der Rahmenfestlegung RAMEN Gas (GBK-25-01-2#1) gibt es zeitlich eng miteinander verknüpfte Methodenfestlegungen, die das zukünftige Regulierungssystem detaillierter ausgestalten. Dies sind die Methodenfestlegungen zur Ermittlung des Ausgangsniveaus (GasNEF, GBK-24-02-2#3), zur Kapitalverzinsung (GBK-25-02-3#1), zum Effizienzvergleich Gas (GBK-25-02-2#1), zum Xgen (GBK-24-02-3#4). Der Beginn des zeitlichen Anwendungsbereichs der genannten neuen Festlegungen ist der fünften Regulierungsperiode vorgelagert. Das erste Basisjahr, in dem die neuen Regelungen zur Anwendung kommen, ist im Bereich der Gasverteilernetzbetreiber sowie Fernleitungsnetzbetreiber das Jahr 2025. Der Systematik des Anreizregulierungsmodells

folgend treten die Regelungen dieser Festlegung also nicht erst nach Außerkrafttreten der ARegV und der GasNEV in Kraft, sondern beanspruchen zeitlich aufgrund der vorgelagerten Kostenprüfung bereits während der vierten Regulierungsperiode mit Auswirkungen auf die fünfte Regulierungsperiode Geltung.

Für die dritte Regulierungsperiode bleiben die bisherigen Vorgaben der ARegV und der GasNEV maßgeblich, sofern nicht im Einzelfall eine Sonderregelung zum zeitlichen Anwendungsbereich im Wege der Abweichungskompetenz getroffen wurde.

### **3. Interessenabwägung**

Nach Art. 15 des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben bleiben die auf Basis der bisher in § 21a und § 24 EnWG a.F. erlassenen Verordnungen für eine Übergangszeit weiterhin in Kraft. An diesem Regelwerk zur Entgeltregulierung hält die Bundesnetzagentur zur Aufrechterhaltung eines transparenten, vorhersehbaren und verlässlichen Regulierungsrahmens grundsätzlich fest. Sie sieht vorliegend insbesondere von einer Anwendung der Abweichungskompetenz nach § 21 Abs. 3 S. 5 und § 21a Abs. 3 S. 4 EnWG ab. Einen materiellen Widerspruch zu maßgeblichen Vorgaben des Europäischen Rechts hat der EuGH in seiner Entscheidung vom 02.09.2021 nicht festgestellt und erkennt auch die Beschlusskammer nicht.

Ein Kernstück des national etablierten Regulierungssystems sind die fünfjährigen Regulierungsperioden im Anreizregulierungs- und Netzentgeltbereich. Für die Dauer einer bereits laufenden Regulierungsperiode ist es essentiell, dass der Rechtsrahmen für die gesamte Periode möglichst stabil bleibt. Rechtsänderungen während einer laufenden Regulierungsperiode sind mit Diskontinuität und Rechtsunsicherheit verbunden, die gerade durch Übergangsregelungen zur Weitergeltung der materiell europarechtskonformen Vorgaben vermieden werden können. Darüber hinaus erschwert eine unklare Rechtslage im Übergangszeitraum die notwendigen Investitionen in die Energieversorgungsnetze und führt zu Unsicherheiten nicht nur für die regulierten Unternehmen, sondern auch für die sonstigen Marktteilnehmer.

Des Weiteren verlangen die Richtlinien, dass zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung der Bedingungen u.a. für den Netzanschluss und den Netzzugang „mit

ausreichendem Vorlauf vor deren Inkrafttreten“ festgelegt oder genehmigt werden, vgl. Art. 41 Abs. 6 der Richtlinie 2009/73/EG und Art. 59 Abs. 7 der Richtlinie (EU) 2019/944. Auch würden substantielle Abweichungen vom etablierten Regulierungsrahmen zu starken Verzögerungen der laufenden, an die Erlösobergrenze anknüpfenden und weiterer nach den Rechtsverordnungen vorgesehenen Verfahren führen. Die Festsetzung neuer Regelungen durch die Regulierungsbehörde in einem transparenten und möglichst umfassenden Konsultationsprozess nimmt einige Zeit in Anspruch. Laufende Verfahren könnten sich um Jahre verzögern. Diese Gesichtspunkte wären mit den Richtlinienvorgaben, den Zielsetzungen des Energiebinnenmarkts und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen schwerlich vereinbar.

### III.

Die Entscheidung über den Antrag der Antragsstellerin auf Genehmigung des Regulierungskontosaldos und der sich daraus ergebenden Anpassung der Erlösobergrenzen ergeht auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2, § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 Abs. 3 und 4 ARegV. Dem Antrag war im tenorierten Umfang stattzugeben.

#### 1. **Zuständigkeit**

Zuständige Regulierungsbehörde ist gemäß § 54 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 EnWG die Landesregulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

Die Bundesnetzagentur handelt in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Schleswig-Holstein gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein vom 07./11.08.2015 (Bekanntmachung als Anlage zum Zustimmungsgesetz des Landes: Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 14/2015 vom 29.10.2015, S. 342 f.; in Kraft seit dem 30.10.2015).

#### 2. **Ermächtigungsgrundlage**

Ermächtigungsgrundlage für die Entscheidung über die Genehmigung des Regulierungskontosaldos und der beantragten Anpassung der Erlösobergrenze ist § 29

Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2, § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 Abs. 3 und Abs. 4 ARegV.

§ 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a ARegV bestimmt, dass auf Antrag des Netzbetreibers eine Anpassung der Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 5 ARegV erfolgt. Unter der Formulierung „nach Maßgabe des § 5 ARegV“ ist zu verstehen, dass sich die Anpassungsbeträge aus dem von der Antragstellerin ermittelten Saldo des Regulierungskontos ergeben. Dieser unterliegt gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 ARegV ebenso wie dessen Verteilung der Genehmigungspflicht durch die Regulierungsbehörde. Die Zu- oder Abschläge (Anpassungsbeträge) auf die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin werden demnach anhand des ermittelten Regulierungskontosaldos bestimmt.

Die Erlösobergrenze selbst wird für die dritte Regulierungsperiode vom 01.01.2018 bis 31.12.2022 sowie die vierte Regulierungsperiode vom 01.01.2023 bis 31.12.2027 für jedes Kalenderjahr der gesamten Regulierungsperiode gemäß § 4 Abs. 1 ARegV nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19, 22, 24 und 25 ARegV durch die Regulierungsbehörde bestimmt. Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

Zur Bestimmung der Höhe der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers wird der Saldo des Regulierungskontos zum 31.12.2022 von der Antragstellerin ermittelt. Dieser ergibt sich aus den von der Antragstellerin auf dem Regulierungskonto verbuchten Differenzen des Jahres 2022, die mit diesem Beschluss entweder genehmigt oder abweichend festgelegt werden. Dies sind gemäß § 5 Abs. 1 und 1a ARegV die Differenzen

*zwischen*

- den nach § 4 ARegV zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklungen erzielbaren Erlösen gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 ARegV,
- den tatsächlichen und den in der Erlösobergrenze enthaltenen Kosten aus der erforderlichen Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 ARegV,

- den tatsächlichen und den in der Erlösobergrenze enthaltenen Kosten aus Investitionsmaßnahmen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 ARegV,
- den im jeweiligen Kalenderjahr entstandenen Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV (volatile Kosten) und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV i. V. m. § 11 Abs. 5 ARegV,
- den tatsächlichen nach § 9 Abs. 2 GasNEV ermittelten und den in der Erlösobergrenze enthaltenen Erträgen aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen und Netzanschlussbeiträgen gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 13 ARegV ; dies spielt für Netzbetreiber, die am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV teilnehmen, jedoch grundsätzlich keine Rolle, da insoweit gemäß § 24 Abs. 3 ARegV ohnehin keine Anpassung nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 ARegV stattfindet; anders verhält es sich lediglich bei Übernahme von Baukostenzuschüssen und Netzanschlusskostenbeiträgen im Rahmen von Netzübergängen von Netzbetreibern, welche sich im Regelverfahren befinden
- den für das Kalenderjahr bei effizienter Leistungserbringung entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs, zu dem auch die Messung gehört und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen, soweit diese Differenz durch Änderungen der Zahl der Anschlussnutzer, bei denen der Messstellenbetrieb durch den Netzbetreiber durchgeführt wird, verursacht wird

sowie

- der Differenz aus dem genehmigten Kapitalkostenaufschlag nach § 10a und dem Kapitalkostenaufschlag, wie er sich bei Berücksichtigung der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten ergibt, § 5 Abs. 1a ARegV.

Sofern die Antragstellerin die Differenzen und im Ergebnis den Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022 und die sich daraus ergebenden Zu- oder Abschläge richtig berechnet hat, ist der Antrag wie beantragt zu genehmigen. Anderenfalls sind der Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022 und die sich daraus ergebenden Anpassungsbeträge abweichend vom Antrag festzulegen.

### **3. Antragsvoraussetzungen**

Die Genehmigung des Regulierungskontosaldos bzw. der Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze setzt formell einen form- und fristgerecht gestellten Antrag voraus. Materiell setzen die Genehmigung des Regulierungskontosaldos und die sich daraus ergebende Anpassung lediglich voraus, dass der Netzbetreiber den Saldo des Regulierungskontos und die Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenze richtig berechnet hat. Anderenfalls legt die Regulierungsbehörde diese Größen mit diesem Beschluss abweichend vom Antrag fest.

### **4. Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen**

Gemäß § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 ARegV ist eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erforderlich.

#### **4.1. Antragszeitpunkt**

Der Antrag der Antragstellerin ist der Beschlusskammer zum 31.12.2023 fristgerecht gem. § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1a, S. 3 i.V.m. § 5 ARegV zugegangen.

#### **4.2. Antragsform**

Der Antrag nach § 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1a ARegV muss gemäß § 5 Abs. 4 S. 1 ARegV neben dem ermittelten Saldo die der Anpassung zugrundeliegenden Daten, insbesondere die nach § 4 zulässigen und die tatsächlich erzielten Erlöse des abgelaufenen Kalenderjahres enthalten. Gemäß § 5 Abs. 4 Satz 2 ARegV muss der Antrag weiterhin Angaben zur Höhe der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten und ggf. der dem Kapitalkostenaufschlag nach § 10a zugrunde gelegten betriebsnotwendigen Anlagegüter enthalten. Hierzu gehören insbesondere Angaben zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten und die jeweils in Anwendung gebrachte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer nach Anlage 1 der Gasnetzentgeltverordnung. Sinn und Zweck der Regelung ist es, die Bewegungen auf dem Regulierungskonto für die genehmigende Regulierungsbehörde transparent darzustellen.

Der Antrag wurde von der Antragstellerin mit den der Anpassung zugrundeliegenden Daten formgerecht schriftlich bzw. elektronisch bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Die zum Antrag gehörenden Erhebungsbögen wurden unter Nutzung der aktuellen Version der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten XLSX-Datei

hinsichtlich der wesentlichen Angaben vollständig und formal richtig ausgefüllt übermittelt. Dem Antrag wurden die für die Prüfung des Antrages erforderlichen Unterlagen beigelegt.

#### **4.3. Antragszeitraum**

Die Antragstellerin hat eine Anpassung der Erlösobergrenzen der Jahre 2025 bis 2027 beantragt. Grundsätzlich beantragt die Antragstellerin den von ihr ermittelten Regulierungskontosaldo für das letzte abgeschlossene Kalenderjahr. Dieser wird gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 ARegV annuitätisch über drei Kalenderjahre durch Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenze verteilt. Die Verteilung beginnt jeweils im übernächsten Jahr nach Antragstellung nach § 4 Absatz 4 Satz 3 ARegV.

#### **4.4. Antragsgegenstand**

Gegenstand des Antrages ist die Genehmigung des Regulierungskontosaldos zum 31.12.2022 und die Genehmigung der sich daraus ergebenden Anpassungsbeträge der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin für die Jahre 2025 bis 2027.

### **5. Ermittlung der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen**

Die Zu- oder Abschläge auf die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die Kalenderjahre 2025 bis 2027 basieren auf dem abweichend festgelegten Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022.

Der Netzbetreiber hat einen Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022 in Höhe von 227.852 € beantragt. Der Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022 war abweichend vom Antrag mit dem Wert

368.693 €

festzulegen.

Der Regulierungskontosaldo der Antragstellerin zum 31.12.2022 resultiert aus den am Ende des Kalenderjahres 2022 vom Netzbetreiber auf dem Regulierungskonto verbuchten Differenzen gemäß § 5 Abs.1 und 1a ARegV.

Die Beschlusskammer hat die vom Netzbetreiber ermittelten und auf dem Regulierungskonto verbuchten Differenzen des Jahres 2022 und den sich daraus zum 31.12.2022 ergebenden Regulierungskontosaldo geprüft.

### **5.1. Differenzen des Jahres 2022**

Für die Berechnung der Differenzen des Jahres 2022 wird auf die Anlage R1\_Differenz und auf die schriftlichen Erläuterungen in der Anlage R verwiesen.

### **5.2. Verzinsung der Differenzen und Berechnung des Regulierungskontosaldos 2022**

Der Regulierungskontosaldo 2022 wird aufgezinnt, um zu berücksichtigen, dass die Verteilung durch Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenze erst im Jahr 2025 beginnt. Die abweichend festgelegten Differenzen des Jahres 2022 sind gemäß § 5 Abs. 2 ARegV in Höhe des im jeweiligen Kalenderjahr durchschnittlich gebundenen Betrags zu verzinsen, wobei sich der durchschnittlich gebundene Betrag aus dem Mittelwert von Jahresanfangs- und Jahresendbestand ergibt. Die Verzinsung richtet sich nach dem auf die letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahre bezogenen Durchschnitt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten. Unter Berücksichtigung der Verzinsung ergibt sich der oben abweichend festgelegte Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022.

### **5.3. Berechnung der Anpassungsbeträge**

Zur Bestimmung der Anpassungsbeträge ist gemäß § 5 Abs. 3 Satz 2 ARegV der Regulierungskontosaldo in drei Annuitäten aufzuteilen.

Für die Berechnung der Annuitäten der Jahre 2025 bis 2027 bildet der Barwert zum 30.06.2024 die Grundlage. Hierdurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Zu- bzw. Abschläge auf die Erlösobergrenze kontinuierlich über das Jahr zu- bzw. abfließen.

Die sich daraus ergebenden abweichend festgelegten Anpassungsbeträge der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin ergeben sich aus Anlage R1\_Differenz des vorliegenden Beschlusses. Für die Antragstellerin sind die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen 2025 bis 2027 gemäß Ziffer 1.) des Tenors um 124.973 € anzupassen.

## **6. Rückwirkende Genehmigung des Regulierungskontosaldos und der sich daraus ergebenden Anpassungsbeträge**

Die in diesem Beschluss erfolgte abweichende Bescheidung des Regulierungskontosaldos und der sich daraus ergebenden Anpassungsbeträge der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen konnte nicht vor dem 01.01.2025 erfolgen.

Dies liegt in der zeitlichen Überschneidung der Prozesse zum Regulierungskonto mit anderen Verfahren begründet. Insbesondere war es für die Bestimmung des Regulierungskontosaldos erforderlich, dass vorgreifliche Verfahren nach § 5 ARegV sowie nach § 26 Abs. 2 ARegV zu teilweisen Netzübergängen abgeschlossen sein mussten, bevor die Entscheidungen zur Genehmigung der entsprechenden Regulierungskontosalden spruchreif waren. Dem Abschluss dieser Verfahren war daher Priorität einzuräumen.

Aufgrund der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf zur rückwirkenden Festlegung des Qualitätselements nach § 19 ARegV sieht sich die Beschlusskammer veranlasst, hilfsweise Ermessenserwägungen in Bezug auf die rückwirkende Genehmigung der Anpassung der Erlösobergrenze in diesem konkreten Einzelfall anzustellen. Der Beschlusskammer ist bewusst, dass rückwirkende Genehmigungen die Ausnahme sein sollten (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 15.02.2017, VI-3 Kart 155/15 (V), Rn. 38, juris). Im Rahmen des ihr zustehenden Regulierungsermessens hat sich die Beschlusskammer jedoch entschieden, von einer vorläufigen Genehmigung nach § 72 EnWG abzusehen und die Anpassung der Erlösobergrenzen der Jahre 2025 bis 2027 nach Maßgabe des § 5 ARegV rückwirkend zum 01.01.2025 zu genehmigen.

Eine vorläufige Genehmigung nach § 72 EnWG war aus Sicht der Beschlusskammer nicht zweckdienlich für das Verfahren sowie die Vereinnahmung von Netzentgelten. Zum Jahresende 2024 war dem Netzbetreiber der wahrscheinliche Anpassungsbetrag für die Erlösobergrenze 2025 durch seinen Antrag bekannt. Eine vorläufige Festlegung hätte also keinen wesentlichen inhaltlichen Mehrwert gehabt, sondern lediglich die dem Netzbetreiber bekannten und auch von ihm beantragten Tatsachen in Form eines vorläufigen Bescheides förmlich festgehalten. Im Gegenzug hätte eine vorläufige Genehmigung einen Mehraufwand sowohl auf Seiten der Behörde und der Netzbetreiber in Form von Erstellung und Zustellung der Bescheide sowie kritischer Durchsicht durch die Netzbetreiber bedeutet; auch Gerichtsverfahren gegen die vorläufigen Festlegungen wären nicht auszuschließen. Die Beschlusskammer hat daher den Netzbetreibern lediglich in Form eines Schreibens Anhaltspunkte genannt, welcher Betrag aufgrund des Regulierungskontosaldos bei der Verprobung zum 01.01.2025 einfließen sollte. Diese

Hinweise wurden für alle Marktteilnehmer auf der Homepage der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Angesichts der frühzeitigen Kenntnis des Netzbetreibers von den für die Berechnung der Erlösobergrenze 2025 maßgeblichen Werten erachtet die Beschlusskammer die rückwirkende Genehmigung des Regulierungskontosaldos und der sich daraus ergebenden Anpassung der Erlösobergrenze nach sorgfältiger Berücksichtigung aller Aspekte als sinnvollste Lösung.

Die Entscheidung, den Regulierungskontosaldo und die sich daraus ergebenden Anpassungsbeträge für die Jahre 2025 bis 2027 rückwirkend zu genehmigen, ist auch verhältnismäßig. Die Entscheidung dient dem legitimen öffentlichen Zweck, entsprechend den Vorgaben des EnWG und der ARegV den Regulierungskontosaldo auszugleichen und etwaige Mehrerlöse über die Netzentgelte an die Netznutzer zurückzugeben bzw. zu wenig vereinnahmte Erlöse noch einnehmen zu dürfen. Die rückwirkende Festlegung ist hierzu geeignet. Sie ist auch erforderlich, da zum jetzigen Zeitpunkt ein gleich geeignetes, milderer Mittel nicht mehr zur Verfügung steht.

#### **7. Umgang mit nachträglichen Veränderungen der Erlösobergrenze**

Da der Saldo des Regulierungskontos zum 31.12.2022 und seine Verteilung auf die Kalenderjahre 2025 bis 2027 mit diesem Beschluss abschließend bestimmt werden, könnten nachträgliche Korrekturen der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für das Jahr 2022 im Fall einer Bestandskraft dieser Entscheidung nicht mehr berücksichtigt werden. Daher wird die Beschlusskammer notwendige Korrekturen der Erlösobergrenze 2022 in dem zum Zeitpunkt der Änderung noch offenen Regulierungskontosaldo (d.h. der Regulierungskontosaldo, dessen Auflösung noch nicht abschließend genehmigt wurde), unter Einbeziehung einer Verzinsung entsprechend § 5 Abs. 2 ARegV berücksichtigen. Korrekturen können durch gerichtliche oder eine Anpassungszusage veranlasst sein.

#### **IV.**

Zur Frage der Kostentragung nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht

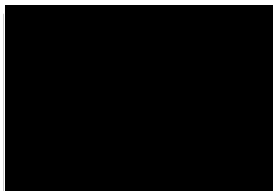
Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht (Hausanschrift: Gottorfstraße 2, 24837 Schleswig)

einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

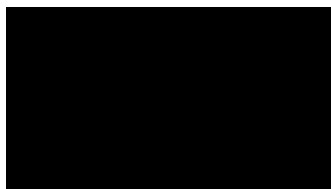
Beisitzer als Vorsitzender



Roland Naas

---

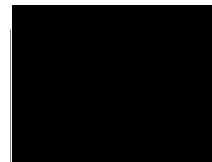
Beisitzer



Stephan Gronmann

---

Beisitzer



Stefan Tappe

---

## **Anlage R 2022**

### **für Verteilnetzbetreiber im vereinfachten Verfahren**

#### **1 Vorbemerkungen**

Zur Berechnung des Regulierungskontosaldos zum 31.12.2022 gemäß § 5 Abs. 3 ARegV und der entsprechenden Anpassungsbeträge ist zunächst die Jahresdifferenz 2022 zu bestimmen. Diese ergibt sich aus den einzelnen Positionen gemäß § 5 Abs. 1 ARegV (vgl. Kapitel 2). Die Differenz des Jahres 2022 wird in Kapitel 3 erläutert. Zuletzt wird in Kapitel 4 die Berechnung des Regulierungskontosaldos zum 31.12.2022 und der Annuitäten beschrieben.

In der Anlage R1\_Differenz ist die Jahresdifferenz des Jahres 2022, deren Verzinsung, der Saldo zum 31.12.2022 sowie die entsprechenden drei Annuitäten abgebildet. Die zulässigen Erlöse sind in der Anlage R2\_EOG, die mit der Netznummer ergänzt ist, ausgewiesen. Die Anlage R2\_EOG\_1 bezeichnet somit die zulässigen Erlöse des Netzes 1 des Jahres 2022. In der Anlage R3\_Erzielbare Erlöse werden die erzielbaren Erlöse des Jahres 2022 in einer Übersicht dargestellt. Die Berechnung des Kapitalkostenaufschlags, wie er sich bei der Berücksichtigung der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten ergibt, findet sich in Anlage R4\_KKAuf. In der Anlage R5\_KKAuf\_SAV wird die Ermittlung der kalkulatorischen Restwerte und der kalkulatorischen Abschreibungen des Sachanlagevermögens dargestellt.

#### **2 Positionen im Regulierungskonto**

Die einzelnen Positionen im Regulierungskonto ergeben sich aus § 5 Abs. 1 ARegV. Für den Gasbereich sind dies im Einzelnen:

##### **2.1 Differenz zwischen zulässigen und erzielbaren Erlösen**

Die Differenz zwischen den nach § 4 ARegV zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklungen erzielbaren Erlösen (§ 5 Abs. 1 S. 1

ARegV) und insbesondere die Erlösdifferenz, die sich aus der Abweichung der prognostizierten Mengen, die in die Verprobungsrechnung eingeflossen sind, und den tatsächlich realisierten Mengen ergibt, sind hierbei zu berücksichtigen.

### ***Zulässige Erlöse***

Die zulässigen Erlöse bestimmen sich gemäß § 4 ARegV unter Berücksichtigung der nach § 29 Abs.1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 und § 4 Abs. 2 ARegV festgelegten Erlösobergrenze. Dabei ist die gemäß § 4 Abs. 1, 2 ARegV bestimmte Erlösobergrenze nach Maßgabe von § 4 Abs. 3 bis 5 ARegV kalenderjährlich vom Netzbetreiber anzupassen.

Im vereinfachten Verfahren gelten gemäß § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV 5 Prozent der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ermittelten Gesamtkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3, 5 bis 7, 8b bis 16 und Satz 2 bis 4 ARegV. Bei der Ermittlung der Gesamtkosten bleiben gemäß § 24 Abs. 2 S. 4 ARegV die Konzessionsabgaben unberücksichtigt. Gemäß § 24 Abs. 3 ARegV finden damit im Gasbereich § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV mit Ausnahme von § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV in Verbindung mit § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 ARegV keine Anwendung. Anpassungen der jeweiligen kalenderjährlichen Erlösobergrenze aufgrund von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3, 6, und 9 bis 11, 13 bis 17 ARegV sowie § 11 Abs. 2 S. 2 und 3 ARegV sind somit im vereinfachten Verfahren nicht zulässig.

Zudem können jeweils auf Antrag des Netzbetreibers gemäß § 4 Abs. 4 ARegV Anpassungen der Erlösobergrenze in Folge von beschiedenen Anträgen

- einer Anpassung der Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 5 ARegV,
- einer nicht zumutbaren Härte gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 ARegV,
- eines genehmigten Kapitalkostenaufschlags nach Maßgabe des § 10a ARegV

gewährt werden.

Hinsichtlich der Anpassung der Erlösobergrenze ist gemäß § 8 ARegV die Änderung des Verbraucherpreisgesamtindex zu berücksichtigen.

Eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 5 ARegV (Qualitätselement) war für das Jahr 2022 nicht relevant.

### ***Erzielbare Erlöse***

Gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 ARegV ist die Differenz der zulässigen Erlöse und der vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlöse im Regulierungskonto zu erfassen. Die erzielbaren Erlöse ermitteln sich als Produkt der tatsächlich im jeweiligen Jahr realisierten Absatzmengen und den zuvor im Rahmen der Verprobungsrechnung gemäß § 16 GasNEV ermittelten Entgelten.

Diese werden in der Gewinn- und Verlustrechnung des jeweiligen Geschäftsjahres durch die Umsatzerlöse aus Netzentgelten abgebildet. Im Rahmen der Ermittlung der erzielbaren Erlöse hat die Beschlusskammer daher grundsätzlich auf die Umsatzerlöse zurückgegriffen. Hierbei wird auf die Umsatzerlöse aus Netzentgelten Gas abgestellt, wobei nachträgliche Korrekturen bzw. Erlösminderungen beispielsweise im Zusammenhang mit Rückstellungsbildungen nicht zu berücksichtigen sind. Die Beschlusskammer geht davon aus, dass der Netzbetreiber derartige Umsatzerlöskorrekturen vollständig angezeigt hat.

## **2.2 Differenz aus vorgelagerten Netzkosten**

Nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 ARegV erfolgt eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres bei einer Änderung von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen nach § 11 Abs 2 S. 1 Nr. 4 ARegV (erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen) auf Basis des Kalenderjahres, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll. Die diesbezüglich in dem jeweiligen Erlösobergrenzenjahr enthaltenen Ansätze sind den in diesem Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten gegenüberzustellen. Die so ermittelte Differenz ist im Regulierungskontosaldo gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV zu berücksichtigen. Kostenbestandteile der Biogas- sowie der Marktraumumstellungsumlage können ebenfalls Bestandteil dieser Differenz sein.

Die in der Erlösobergrenze enthaltenen bzw. tatsächlich entstandenen Kostenansätze für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen beziehen sich lediglich auf die originäre Netznutzung von vorgelagerten Netzbetreibern. Kosten für vereinbarte Lastflusszusagen oder für Speichernutzungen sind nicht Bestandteil der erforderlichen Inanspruchnahme vorgelagerter Netznutzung.

## **2.3 Differenz aus Kosten für Messung und Messstellenbetrieb**

Gemäß § 5 Abs. 1 S. 3 ARegV wird zusätzlich die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr bei effizienter Leistungserbringung entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs, zu dem auch die Messung gehört, und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen in das Regulierungskonto einbezogen, soweit diese Differenz durch Änderungen der Zahl der

Anschlussnutzer, bei denen der Messstellenbetrieb durch den Netzbetreiber durchgeführt wird, verursacht wird und soweit es sich nicht um Kosten für den Messstellenbetrieb von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen im Sinne des Messstellenbetriebsgesetzes handelt.

## **2.4 Differenz aus volatilen Kostenanteilen**

Nach § 4 Abs. 3 Nr. 3 ARegV erfolgt eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres bei einer Änderung von Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV (volatile Kostenanteile für die Beschaffung von Treibenergie) auf Basis des Kalenderjahres, auf das die Erlösobergrenze Anwendung finden soll.

Gemäß der Festlegung BK9-14/606 gelten Kosten für Lastflusszusagen als volatile Kostenanteile i.S.d § 11 Abs. 5 ARegV. Gemäß der Festlegung BK9-20/606-1 bis BK9-20/606-5 (KOKOS) gelten Energiekosten für die Stickstoffgewinnung zum Zwecke der Konvertierung von H-Gas nach L-Gas ab dem 01.01.2021 als volatile Kostenanteile i.S.d § 11 Abs. 5 ARegV. Gemäß Festlegung BK9-22/606-1 bis BK9-22/606-5 (VOLKER) gelten ab dem 01.01.2021 Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgasverkehrs als volatile Kostenanteile i.S.d § 11 Abs. 5 ARegV.

Der im Jahr 2022 enthaltene Ansatz der volatilen Kostenanteile ist den tatsächlich entstandenen Kosten des Jahres 2022 gegenüberzustellen. Die so ermittelte Differenz ist im Regulierungskontosaldo gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV zu berücksichtigen.

## **2.5 Differenz aus dem Kapitalkostenaufschlag 2022 nach § 10a ARegV**

Gemäß § 5 Abs. 1a ARegV ermittelt der Netzbetreiber bis zum 31.12 des Jahres, das dem Kalenderjahr folgt, für das der Kapitalkostenaufschlag genehmigt wurde die Differenz aus dem genehmigten Kapitalkostenaufschlag nach § 10a ARegV und dem Kapitalkostenaufschlag, wie er sich bei der Berücksichtigung der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten ergibt.

# **3 Bestimmung der Jahresdifferenz 2022**

## **3.1 Differenz zwischen zulässigen und erzielbaren Erlösen 2022**

### **3.1.1 Zulässige Erlöse 2022**

Eine detaillierte Aufgliederung der Erlösobergrenze 2022 in die einzelnen Bestandteile der Erlösobergrenzenformel gemäß Anlage 1 ARegV, findet sich in Anlage R2\_EOG\_1. Die aus Sicht der

Beschlusskammer korrekt angepasste Erlösobergrenze wird in der Anlage R2\_EOG\_1 Zelle G84 dargestellt.

### **Änderungen des Verbraucherpreisgesamtindex nach § 8 ARegV (§ 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ARegV)**

Hinsichtlich der Anpassung der Erlösobergrenze für das Kalenderjahr 2022 ist die Änderung des Verbraucherpreisgesamtindex nach § 8 ARegV zu berücksichtigen (vgl. hierzu Anlage R2\_EOG\_1 B12 und Zeile 61).

### **Anpassung nach Maßgabe des § 10a ARegV (Kapitalkostenaufschlag) (§ 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1a ARegV)**

Sofern die Erlösobergrenze nach Maßgabe des § 10a ARegV (Kapitalkostenaufschlag) (§ 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1a ARegV) angepasst wurde, ist dies in der Anlage R2\_EOG\_1 G 68 dargestellt.

### **Anpassung aufgrund einer nicht zumutbaren Härte gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 ARegV**

Eine Anpassung der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen aufgrund von § 4 Abs. 4 Nr. 2 ARegV erfolgte nicht.

### **3.1.2 Erzielbare Erlöse 2022**

Nach Prüfung der mitgeteilten Daten durch die Beschlusskammer ergeben sich für das Jahr 2022 die in Anlage R3\_Erzielbare Erlöse dargestellten erzielbaren Erlöse.

### **3.2 Differenz aus vorgelagerten Netzkosten 2022**

Die Differenz aus vorgelagerten Netzkosten ist in der Anlage R1\_Differenz Zeilen 6 und 7 dargestellt.

### **3.3 Differenz aus volatilen Kostenanteilen 2022**

Da die Festlegung BK9-22/606-1 bis BK9-22/606-5 (VOLKER) erst nach der Möglichkeit zur Anpassung der Erlösobergrenze 2022 gem. § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 ARegV in Kraft getreten ist, hat die Beschlusskammer, mangels Vorliegens von Planwerten, den Basisjahrwert fortgeschrieben. Dieser im Jahr 2022 angesetzte Wert für die volatilen Kostenanteile gem. der Festlegung VOLKER wird den tatsächlich entstandenen Kosten des Jahres 2022 gegenübergestellt.

Die Berechnung des Differenzbetrags aus volatilen Kostenanteilen wird in Anlage R1\_Differenz Zeilen 10 und 11 dargestellt.

### **3.4 Differenz aus Kosten für Messung und Messstellenbetrieb 2022**

Der Netzbetreiber hat für das Kalenderjahr 2022 die Kostenveränderung für Messung bzw. den Messstellenbetrieb gemäß § 5 Abs 1 S. 3 ARegV übermittelt. Diese Werte werden in der Anlage R1\_Differenz Zeile 12 dargestellt.

Die vom Netzbetreiber geltend gemachte Kostenveränderung für Messung bzw. den Messstellenbetrieb gemäß § 5 Abs. 1 S. 3 ARegV kann wegen der enthaltenen Kapitalkostenanteile nicht in voller Höhe berücksichtigt werden. Diese Kosten werden zum Teil bereits über den Kapitalkostenaufschlag abgebildet, sodass es zu einer unzulässigen Doppelberücksichtigung käme. Ausgehend von dem in der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für Messung bzw. Messstellenbetrieb enthaltenen Betrag in Höhe von 130.910,41 €, exklusive Kapitalkosten, welcher im Rahmen der Regulierungskontobescheidung 2018 für die dritte Regulierungsperiode festgestellt wurde, ergibt sich somit ein Differenzbetrag in Höhe von 9.502,59 €, welcher in „Anlage R1\_Differenz“ ausgewiesen ist.

### **3.5 Differenz aus Kapitalkostenaufschlag 2022**

Der vom Netzbetreiber beantragte Kapitalkostenaufschlag auf die Erlösobergrenze für Kapitalkosten, die aufgrund von nach dem Basisjahr getätigten Investitionen in den Bestand betriebsnotwendiger Anlagegüter entstehen, wurde genehmigt.

Die Differenz aus dem genehmigten Kapitalkostenaufschlag und dem Kapitalkostenaufschlag nach § 10a ARegV, wie er sich bei der Berücksichtigung der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten ergibt, ist in der Anlage R1 Zeilen 15 und 16 dargestellt.

Die Verzinsungsbasis ergibt sich nach § 10a Abs. 5 ARegV aus den kalkulatorischen Restbuchwerten der berücksichtigungsfähigen Anlagen bewertet zu historischen AK/HK nach § 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 GasNEV. Anzusetzen ist dabei der Mittelwert aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand. Ausgenommen hiervon sind Grundstücke und Anlagen im Bau, da diese – anders als die vom Bundesgerichtshof adressierten Anlagen – nicht abgeschrieben werden. Diese Vorgehensweise steht nach Auffassung des OLG Düsseldorf in Einklang mit den Vorgaben des § 10a ARegV i.V.m. § 7 GasNEV; der Ansatz eines Jahresanfangsbestands von Null im Rahmen der Mittelwertbildung begegnete keinen richterlichen Bedenken (Vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 07.03.2019, VI-3 Kart 166/17 [V], S. 45ff.).

Von den ermittelten Restbuchwerten in Abzug gebracht werden die Mittelwerte des Jahresanfangs- und Jahresendbestands der Restwerte der Netzanschlusskostenbeiträge (NAK) und der Baukostenzuschüsse (BKZ) gem. § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 GasNEV, die die Antragstellerin im relevanten Zeitraum hinsichtlich der berücksichtigungsfähigen Anlagengüter erhalten hat. Der BGH hat diese Vorgehensweise bestätigt (vgl. BGH Beschl. V. 05.05.2020, AZ EnVR 59/19 S. 24 ff.).

Hieraus ergibt sich für die Ermittlung der kalkulatorischen Verzinsungsbasis folgende Formel:

$$\text{Kalk. Verzinsungsbasis} = \text{Restbuchwerte\_Anlagen} - (\text{Restwerte\_NAK} + \text{Restwerte\_BKZ})$$

Die zugrunde gelegten Restwerte sind der Anlage R5\_KKAuf\_SAV zu entnehmen.

Die Berechnung der kalkulatorischen Gewerbesteuer ist in § 10a Abs. 8 ARegV i. V. m. § 8 GasNEV geregelt. Für die Ermittlung ist hiernach das Produkt aus der mit 40 % gewichteten kalkulatorischen Verzinsungsbasis und dem kalkulatorischem EK-Zins zu bilden; daneben sind die Gewerbesteuermesszahl und der Gewerbesteuerhebesatz aus dem Basisjahr zu verwenden. Der Netzbetreiber hat in seinem Antrag einen Gewerbesteuerhebesatz in Höhe von 380,00 % angegeben. Dieser wurde auf den für die Bestimmung des Ausgangsniveaus herangezogenen Gewerbesteuerhebesatz des Basisjahres in Höhe von 350,00 % korrigiert.

#### **4 Berechnung des Regulierungskontosaldos und Bestimmung der Anpassungsbeträge**

Zur Berechnung des Regulierungskontosaldos zum 31.12.2022 ist die Differenz des Jahres 2022 (vgl. Anlage R1\_Differenz Zelle E20) zu berücksichtigen. Diese ist gemäß § 5 Abs. 2 ARegV zu verzinsen. Der Regulierungskontosaldo ist in der Zelle E32 angegeben.

Aus dem berechneten Regulierungskontosaldo wird gemäß § 5 Abs. 3 ARegV eine dreijährige Annuität berechnet. Die Höhe der Annuität ist in Zelle C39-E39 angegeben.

**Berechnung des Differenzbetrages gem. § 5 Abs. 1 ARegV für das Kalenderjahr 2022**

Beschreibung		Inhalt	2022
1	Erlösobergrenze gemäß § 4 ARegV	nach § 4 ARegV zulässige Erlöse	4.751.449,57
		erzielbare Erlöse	4.304.913,05
2	Erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen gemäß § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 ARegV	tatsächlich entstandene Kosten	1.239.128,73
		in EOG enthaltene Ansätze	1.278.835,87
3	Volatile Kostenanteile gemäß § 11 Abs. 5 ARegV	tatsächlich entstandene Kosten	1.260,81
		in EOG enthaltene Ansätze	1.202,77
4	Kostenveränderung Messung/Messstellenbetrieb	bei effizienter Leistungserbringung entstehende Kostenveränderung	9.502,59
5	Auflösung Baukostenzuschüsse gemäß § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 13 ARegV	tatsächlich entstandene Erlöse	0,00
		in EOG enthaltene Ansätze	0,00
6	Kapitalkostenaufschlag nach §10a ARegV	tatsächlich entstandene Kosten	677.807,92
		in EOG enthaltene Ansätze	726.388,14
7	genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV	tatsächlich entstandene Kosten	0,00
		in EOG enthaltene Ansätze	0,00
8	Sonstiges		
		<b>Saldo aus Einzeldifferenzen (Mindererlöse)</b>	<b>367.810</b>



Bestimmung des Regulierungskontosaldos	Netzbetreiberangaben gem. Antrag	Genehmigte Werte
Jahressaldo der Einzeldifferenzen	227.306 Mindererlöse	367.810 Mindererlöse
Mittelwert aus Anfangs- und Endbestand	113.653	183.905
Zinssatz gemäß § 5 Abs. 2 ARegV	0,48%	0,48%
Verzinsung des Saldos	546	883
<b>Gesamtsaldo nach Verzinsung</b>	<b>227.852</b>	<b>368.693</b>



Bestimmung der Annuität	Netzbetreiberangaben gem. Antrag	Genehmigte Werte
Regulierungskontosaldo zum 31.12.2022	227.852	368.693
Verzinsung für die zwei Folgejahre	2.193	3.548
Barwert (zu verteiler Betrag)	230.045	372.240
<b>jährliche Annuität von 2025 bis 2027</b>	<b>77.234</b>	<b>124.973</b>

Verteilung	2025	2026	2027
<b>Anpassungsbetrag S<sub>t</sub></b>	<b>124.973</b>	<b>124.973</b>	<b>124.973</b>
	Zuschlag auf EOG	Zuschlag auf EOG	Zuschlag auf EOG

R2\_1 Nachrechnung der angepassten Erlösobergrenze durch die Bundesnetzagentur für das Kalenderjahr 2022

Daten der Regulierungsperiode	
Verfahrensart	Vereinfachtes Verfahren
Ausgangsniveau gemäß § 6 Abs. 1 ARegV	3.607.604,29 €
Basisjahr [t <sub>0</sub> ]	2015
Effizienzwert [EW <sub>0</sub> ]	93,46%
Supereffizienzwert [SEW]	0,00%
Verbraucherpreisgesamindex nach § 8 ARegV des Jahres 2015 [VPI0]	100
Verbraucherpreisgesamindex nach § 8 ARegV des Jahres 2020 [VPI]	105,8

Jahresdaten			
Jahr	Verteilungsfaktor nach § 16 Abs. 1 ARegV (V <sub>t</sub> )	Verteilungsfaktor nach § 16 Abs. 2 ARegV [V <sub>t, indij</sub> ]	Genereller sektoraler Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV [PF]
2018	0,20		0,4900%
2019	0,40		0,9824%
2020	0,60		1,4772%
2021	0,80		1,9745%
2022	1,00		2,4741%

Dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV	Werte aus Basisjahr	Kosten	Erlöse	Saldo aus Netzveränderungen (Kosten)	Saldo aus Netzveränderungen (Erlöse)
gesetzliche Abnahme- und Vergütungspflichten (Nr. 1)					
Konzessionsabgaben (Nr. 2)				- €	- €
Betriebssteuern (Nr. 3)				- €	
erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen (Nr. 4)	953.280,00 €	1.278.835,87 €		- €	
genehmigte Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV (Nr. 6)				- €	
Auflösung des Abzugsbetrages nach § 23 Abs. 2a ARegV					- €
verbleibende Kosten Biogas nach Abzug Wälzungspauschale (Nr. 8a)					
betrieb. und tarifvertrag. Vereinbar. zu Lohnzusatz- und Versorgungsleist. (Nr. 9)				- €	- €
Betriebs- und Personalratstätigkeit (Nr. 10)				- €	- €
Berufsausbildung, Weiterbildung, Betriebskindertagesstätten (Nr. 11)				- €	- €
grenzüberschreitende Kostenaufteilung nach Artikel 12 (Nr. 12)				- €	- €
Auflösung von Baukostenzuschüssen/ Netzanschlusskostenbeiträgen (Nr. 13)					- €
Kosten oder Erlöse aus Maßnahmen eines Betreibers von Gasversorgungsnetzen, die einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen					
aus einem vereinfachten Verfahren übergehende dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile (ohne vorgelagerte Netzkosten)				- €	
Summe		1.278.835,87 €		- €	
Saldo		1.278.835,87 €			

Dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten KAdnb	1.459.216,08 €	- €	- €
---	----------------	-----	-----

volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV	Kosten in VK <sub>0</sub>	Erlöse in VK <sub>0</sub>	Kosten in VK <sub>t</sub>	Erlöse in VK <sub>t</sub>	Saldo aus Netzveränderungen (Übertrag)
Kosten für die Beschaffung von Treibenergie	- €	- €	- €	- €	
Kosten für Lastflusszusagen	- €		- €		
Kosten für marktbasierende Instrumente			- €		
Energiekosten für die Stickstoffgewinnung zum Zwecke der Konvertierung von H-Gas nach L-Gas			- €		
Kosten für verschiedene Aspekte des Erdgastransports als volatile Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 5 ARegV	1.202,77 €		1.202,77 €		
Summe	1.202,77 €	- €	1.202,77 €	- €	
Saldo	1.202,77 €		1.202,77 €		

Differenz der volatilen Kostenanteile (VK <sub>t</sub> - VK <sub>0</sub> )	- €	- €
--	-----	-----

Ermittlung der vorübergehend nicht beeinflussbaren und der beeinflussbaren Kostenanteile		Werte aus Basisjahr	Angepasste EOG vor Netzveränderungen	Saldo aus Netzveränderungen (Übertrag)	Summe (angepasste EOG nach Netzveränderungen)
		3.607.604,29 €			
		1.133.660,21 €	1.459.216,08 €		
			127.704,82 €		
Vorübergehend nicht beeinflussbarer Kostenanteil [%]	$EW_a$	93,46%			
<b>Vorübergehend nicht beeinflussbarer Kostenanteil [€]</b>	$KA_{vnb,t} = (KA_{ges} - KA_{dnb} - KKAb_t) * EW_a$	2.312.148,13 €	2.192.795,21 €	- €	<b>2.192.795,21 €</b>
Beeinflussbarer Kostenanteil [%]	$1 - EW_a$	6,54%			
<b>Beeinflussbarer Kostenanteil [€]</b>	$KA_{b,t} = (KA_{ges} - KA_{dnb} - KKAb_t - KA_{vnb,t})$	<b>161.795,94 €</b>	<b>153.444,05 €</b>		
Nicht abgebauter beeinflussbarer Kostenanteil	$1 - V_t$		0,00		
<b>Nicht abgebauter beeinflussbarer Kostenanteil</b>	$(1 - V_t) * KA_{b,t}$		- €	- €	- €
Effizienzbonus	$B_0$		- €		
<b>verteilter Effizienzbonus</b>	$B_0 / T$		- €	- €	
			<b>2.192.795,21 €</b>	- €	<b>2.192.795,21 €</b>

Verbraucherpreisgesamtindex (VPI) und Produktivitätsfaktor (PF)					
		VPI <sub>2015</sub> (= VPI <sub>0</sub> )	VPI <sub>2020</sub>		
Verbraucherpreisgesamtindex nach § 8 ARegV	VPI	100,00	105,80		
Steigerung des Verbraucherpreisgesamtindex bezogen auf Basisjahr	$VPI_t / VPI_0$		1,0580		
kumulierter genereller sektoraler Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV	VPF <sub>t</sub>	0,0247	0,0247		
Verbraucherpreisgesamtindex ./ Produktivitätsfortschritt	$(VPI_t/VPI_0) - PPF_t$		1,0333		
<b>Jährliche Kostenanteile <math>K_{vnb} + K_b</math> mit VPI und PF</b>	$(KA_{vnb,0} + (1 - V_t) * KA_{b,0}) * (VPI_t/VPI_0 - PPF_t)$		<b>2.265.724,78 €</b>	- €	<b>2.265.724,78 €</b>

Kapitalkostenaufschlag (KKA)					
			726.388,14 €	- €	726.388,14 €

Qualitätselement (Q)					
				- €	- €

Saldo des Regulierungskontos (S)					
Zu- und Abschläge zum Ausgleich des Saldos des Regulierungskontos nach § 5 Abs. 4 ARegV	$S_t$		300.120,57 €	- €	300.120,57 €

Veränderung der volatilen Kostenanteile (VKt-VK <sub>0</sub> )					
			- €	- €	- €

<b>Zwischenergebnis Erlösobergrenze nach Regulierungsformel (EO<sub>t</sub>)</b>	$EO_t = KA_{dnb,t} + (KA_{vnb,0} + (1 - V_t) * KA_{b,t} + B_0 / T) * (VPI_t/VPI_0 - PPF_t) + KKA_t + Q_t + (VK_t - VK_0) + S_t$		<b>4.751.449,57 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>4.751.449,57 €</b>
--	---	--	-----------------------	---------------	-----------------------

			- €	- €	- €
--	--	--	-----	-----	-----

--	--	--	--	--	--

**Zusammensetzung der erzielbaren Erlöse für das Kalenderjahr 2022**

<b>2022</b>	
1.1 Umsatzerlöse aus Netzentgelten Gas	4.480.648,25
1.1.1 Ausspeisepunkte ohne Leistungsmessung	3.524.872,05
1.1.2 Ausspeisepunkte mit Leistungsmessung	473.616,00
1.1.3 Messung	26.765,00
1.1.4 Messstellenbetrieb	152.273,00
1.1.5 Gesondertes Netzentgelt gemäß § 20 Abs. 2 GasNEV	0,00
1.1.6 Vertragsstrafen	0,00
1.1.7 Umsatzerlöse gemäß § 3 KAV i.V.m. § 18 GasNEV	127.387,00
1.1.8 Unterbrechbare und unterjährige Verträge	0,00
1.1.9 Weitere Erlöse	0,00
1.1.10 Konzessionsabgaben	175.735,20
= <b>Erzielte Erlöse (1.1 abzgl. 1.1.10)</b>	4.304.913,05
+ Unterverprobung	0,00
= <b>Erzielbare Erlöse</b>	4.304.913,05

**R4 Berechnung des Kapitalkostenaufschlags**

Beantragter Kapitalkostenaufschlag	Genehmigter Kapitalkostenaufschlag	Differenz
679.610	677.808	- 1.802

Summe	372.240	372.240	-	6.375.283	7.506.940	149.469	1.281.126	6.044.692	7.134.701	116.329	1.206.337	6.209.987	284.542	21.026	677.808
davon für den Netzeigentümer	I. kalkulatorische Abschreibungen			II.a kalkulatorische Restwerte zum 01.01.2022				II.b kalkulatorische Restwerte zum 31.12.2022				II.c kalkulatorische Verzinsungsbasis	II. kalkulatorische Verzinsung	III. kalkulatorische Gewerbesteuer	IV. Kapitalkostenaufschlag
	insgesamt	des Sachanlagevermögens	des weiteren Anlagevermögens	insgesamt	des Sachanlagevermögens	des weiteren Anlagevermögens	der BKZ/NAKB	insgesamt	des Sachanlagevermögens	des weiteren Anlagevermögens	der BKZ/NAKB				
NB1	372.240	372.240	-	6.375.283	7.506.940	149.469	1.281.126	6.044.692	7.134.701	116.329	1.206.337	6.209.987	284.542	21.026	677.808

**R5 Ermittlung der kalkulatorischen Restwerte und kalkulatorischen Abschreibungen des Sachanlagevermögens**

Angaben zur Anlage/Anlagengruppe						Gesamt	7.506.940	7.134.701	372.240
NetZId	Anlagengruppe	AJ	AKHK			Prüfungsresultat BNetzA	Restwerte zum		Abschreibungen in
			gemäß	Hinzu	Kürz		01.01.2022	31.12.2022	2022
NB1	Betriebsgebäude	2021	98.146	-	-	98.146	96.183	94.220	1.963
NB1	Betriebsgebäude	2022	22.524	-	-	22.524	22.524	22.073	450
NB1	Fernwirkanlagen	2016	12.819	-	-	12.819	7.691	6.837	855
NB1	Gaszähler der Verteilung	2016	50.480	-	-	50.480	12.620	6.310	6.310
NB1	Gaszähler der Verteilung	2017	52.930	-	-	52.930	19.849	13.233	6.616
NB1	Gaszähler der Verteilung	2018	54.214	-	-	54.214	27.107	20.330	6.777
NB1	Gaszähler der Verteilung	2019	73.694	-	-	73.694	46.059	36.847	9.212
NB1	Gaszähler der Verteilung	2020	70.494	-	-	70.494	52.871	44.059	8.812
NB1	Gaszähler der Verteilung	2021	56.383	-	-	56.383	49.335	42.287	7.048
NB1	Gaszähler der Verteilung	2022	91.722	-	-	91.722	91.722	80.257	11.465
NB1		2016	1.182	-	-	1.182	295	148	148
NB1		2017	639	-	-	639	240	160	80
NB1		2018	1.689	-	-	1.689	844	633	211
NB1		2019	3.097	-	-	3.097	1.936	1.549	387
NB1		2020	18.855	-	-	18.855	14.141	11.784	2.357
NB1		2021	5.892	-	-	5.892	5.155	4.419	736
NB1		2022	3.494	-	-	3.494	3.494	3.057	437
NB1	Grundstücksanlagen, Bauten für Transportwesen	2019	4.404	-	-	4.404	3.875	3.699	176
NB1	Grundstücksanlagen, Bauten für Transportwesen	2020	16.025	-	-	16.025	14.743	14.102	641
NB1	Grundstücksanlagen, Bauten für Transportwesen	2021	9.063	-	-	9.063	8.701	8.338	363
NB1	Grundstücksanlagen, Bauten für Transportwesen	2022	27.225	-	-	27.225	27.225	26.136	1.089
NB1	Hardware	2016	1.309	-	-	1.309	-	-	-
NB1	Hardware	2017	4.666	-	-	4.666	-	-	-
NB1	Hardware	2018	24.334	-	-	24.334	-	-	-
NB1	Hardware	2019	17.945	-	-	17.945	4.486	-	4.486
NB1	Hardware	2020	31.038	-	-	31.038	15.519	7.759	7.759
NB1	Hardware	2021	29.330	-	-	29.330	21.998	14.665	7.333
NB1	Hardware	2022	51.158	-	-	51.158	51.158	38.368	12.789
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2016	1.103	-	-	1.103	662	588	74
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2017	6.662	-	-	6.662	4.441	3.997	444
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2018	8.874	-	-	8.874	6.508	5.916	592
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2019	10.370	-	-	10.370	8.296	7.604	691
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2020	13.475	-	-	13.475	11.678	10.780	898
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2021	12.690	-	-	12.690	11.844	10.998	846
NB1	Hausdruckregler/Zählerregler	2022	7.198	-	-	7.198	7.198	6.718	480
NB1	Leichtfahrzeuge	2016	19.193	-	-	19.193	-	-	-
NB1	Leichtfahrzeuge	2018	64.266	-	-	64.266	12.853	-	12.853
NB1	Leichtfahrzeuge	2019	45.858	-	-	45.858	18.343	9.172	9.172
NB1	Leichtfahrzeuge	2020	87.796	-	-	87.796	52.677	35.118	17.559
NB1	Leichtfahrzeuge	2021	78.610	-	-	78.610	62.888	47.166	15.722
NB1	Leichtfahrzeuge	2022	35.848	-	-	35.848	35.848	28.678	7.170
NB1	Leit- und Energietechnik (Mess-, Regel- und Zähleranlagen)	2017	6.935	-	-	6.935	3.468	2.774	694
NB1	Leit- und Energietechnik (Mess-, Regel- und Zähleranlagen)	2018	1.831	-	-	1.831	1.099	916	183
NB1	Leit- und Energietechnik (Mess-, Regel- und Zähleranlagen)	2021	30.508	-	-	30.508	27.457	24.406	3.051
NB1	Regeleinrichtungen	2016	62.668	-	-	62.668	54.312	52.920	1.393
NB1	Regeleinrichtungen	2017	24.310	-	-	24.310	21.609	21.069	540
NB1	Regeleinrichtungen	2018	47.935	-	-	47.935	43.674	42.609	1.065
NB1	Regeleinrichtungen	2019	101.051	-	-	101.051	94.315	92.069	2.246
NB1	Regeleinrichtungen	2020	57.978	-	-	57.978	55.401	54.113	1.288
NB1	Regeleinrichtungen	2021	37.082	-	-	37.082	36.258	35.434	824
NB1	Regeleinrichtungen	2022	41.845	-	-	41.845	41.845	40.915	930
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2016	890.418	-	-	890.418	771.695	751.908	19.787
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2017	555.034	-	-	555.034	493.363	481.029	12.334
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2018	995.263	-	-	995.263	906.795	884.678	22.117
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2019	874.480	-	-	874.480	816.181	796.748	19.433
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2020	718.735	-	-	718.735	686.791	670.820	15.972
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2021	805.159	-	-	805.159	787.266	769.374	17.892
NB1	Rohrleitungen/HAL Polyethylen (PE-HD)	2022	897.946	-	-	897.946	897.946	877.992	19.954
NB1	Software	2016	13.924	-	-	13.924	-	-	-
NB1	Software	2017	29.292	-	-	29.292	-	-	-
NB1	Software	2018	7.928	-	-	7.928	-	-	-
NB1	Software	2019	31.586	-	-	31.586	-	-	-
NB1	Software	2020	77.781	-	-	77.781	25.927	-	25.927
NB1	Software	2021	20.708	-	-	20.708	13.805	6.903	6.903
NB1	Software	2022	40.653	-	-	40.653	40.653	27.102	13.551
NB1	Verwaltungsgebäude	2020	679.001	-	-	679.001	656.367	645.051	11.317

Netzlfd	Anlagengruppe	AJ					Restwerte zum		Abschreibungen in
			gemäß	Hinzu	Kürz	Prüfergebnis BNetzA	01.01.2022	31.12.2022	2022
NB1	Verwaltungsgebäude	2021	102.287	-	-	102.287	100.582	98.878	1.705
NB1	Werkzeuge/Geräte	2016	5.456	-	-	5.456	3.117	2.728	390
NB1	Werkzeuge/Geräte	2017	607	-	-	607	390	347	43
NB1	Werkzeuge/Geräte	2018	9.344	-	-	9.344	6.674	6.007	667
NB1	Werkzeuge/Geräte	2019	19.347	-	-	19.347	15.201	13.819	1.382
NB1	Werkzeuge/Geräte	2020	41.276	-	-	41.276	35.380	32.432	2.948
NB1	Werkzeuge/Geräte	2021	20.946	-	-	20.946	19.450	17.953	1.496
NB1	Werkzeuge/Geräte	2022	16.910	-	-	16.910	16.910	15.702	1.208